



AMBASSADE DE SUISSE  
AU PÉROU

E.V.D. HANDELSABTEILUNG	
No. <i>M. Am 850.4</i>	
GATT	
EE	
R	- 5. MAI 1969
<i>L.</i>	<i>H. S.</i>
Kopie an	die Handelsabteilung des Eidg. Volkswirtschaftsdepartements

LIMA, den 29. April 1969

Case postale 378

Réf. :

714.47 - I/11

B e r n

### 13. CEPAL-Konferenz

Herr Botschafter,

1. Vom 14.-23. April 1969 fand in Lima die 13. Konferenz der CEPAL statt, an der ich die Schweiz als Beobachter vertrat. Es nahmen daran 28 Delegationen von Mitgliedstaaten, eine Delegation eines assoziierten Staates (Britisch Honduras), als Beobachter 12 Regierungsdelegationen und 29 Delegationen von internationalen Gremien teil. In der Beobachtergruppe bildeten die sozialistischen Staaten den Haupttharst (UdSSR, Tschechoslowakei, Ungarn, Polen, Rumänien und Bulgarien; dazu auch Jugoslawien). Die EWG war vertreten durch Frankreich und die Niederlande als Mitglieder, die Bundesrepublik und Belgien als Beobachter; ferner eine Delegation der EWG als Beobachter (ständiger Vertreter der EWG-Kommission in Santiago, ein Funktionär aus Brüssel und der italienische Handelsattaché in Lima). Von der EFTA waren anwesend: Grossbritannien als Mitglied, Finnland und die Schweiz als Beobachter; von den Industrieländern ferner die USA und Kanada als Mitglieder und Japan als Beobachter.

2. Der Zweck der Konferenz war, die Tätigkeit der CEPAL seit der letzten Konferenz zu beurteilen, über die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Südamerikas während der letzten Jahre, seine heutige Lage und seine Wünsche und Bedürfnisse für die Zukunft zu beraten. Im speziellen sollte das Entwicklungsprogramm für das nächste Jahrzehnt zu Handen der übergeordneten Organe der UNO formuliert werden.

3. Der allgemeine Eindruck. Im Urteil von versierten Teilnehmern an Entwicklungskonferenzen in aller Welt war die 13. CEPAL-Konferenz durch relative Ruhe und Ernst ausgezeichnet. Im allgemeinen wurde das Gespräch unter den Entwicklungsländern und zwischen Entwicklungsländern und Industrieländern vernünftig und ziemlich realistisch geführt. Von diesem allgemeinen Eindruck müssen aber Ausnahmen ausgeschieden werden, nämlich Kuba, Chile und Peru. Kubas Chefdelegierter, Dr. Carlos Rafael Rodriguez, ein

alter Kommunist und Lehrer Fidel Castros, debattierte mit beissender Demagogie und war der einzige wirklich gute Redner. Von verletzenden Angriffen bis zum gutmütigen Witz stand ihm jedes Mittel zur Verfügung, um die Aufmerksamkeit der Konferenz auf sich zu lenken. Ich erhielt allerdings den Eindruck, dass er an der Konferenz selbst keine grosse Wirkung erzielte. In radikaler Weise verlangte er, dass alle Staaten Südamerikas dem Beispiel Kubas folgen und das herrschende Establishment stürzen sollten. Die anwesenden Delegierten, die alle dieses Establishment vertraten, konnten über den Vorschlag nicht sehr begeistert sein. Besonders verletzend war er gegenüber der USA und der bolivianischen Delegation; der letzteren gegenüber lobte er den Heroismus von Ché Guevara. Niemand wagte es aber, sich über den kubanischen Delegierten zu beklagen. Chile und Peru stachen beide hervor durch besondere Aggressivität gegen die Industrieländer im allgemeinen und Privatinvestitionen im speziellen. Dabei war sich allerdings die Konferenz bewusst, dass für Peru die momentane taktische Lage den USA gegenüber im Erdölstreit um die IPC im Vordergrund stand.

Besonders in der Generaldebatte machte sich der Alleingang Argentiniens deutlich bemerkbar. Der argentinische Delegierte legte kurz, knapp und mit wenig Rhetorik dar, welche Ziele das gegenwärtige Regime mit seiner Entwicklungspolitik verfolge und welche ausgezeichnete Resultate damit erreicht worden seien. Zwischen den Zeilen war zu lesen, dass es nach argentinischer Auffassung das beste wäre, wenn alle übrigen südamerikanischen Länder diesem Beispiel folgen und sich in erster Linie mit ihren nationalen Fragen befassen würden. Da Brasilien ebenfalls Tendenz zeigte, sich in erster Linie mit sich selbst zu befassen, und Uruguay und Paraguay schwiegen, gab die Konferenz den Eindruck einer gewissen Spaltung in Temperament und Orientierung zwischen Anden-Gruppe und übrigen Südamerikanern. Bei der Beratung der verschiedenen Resolutionen erhielt dann aber das Element der Solidarität grössere Bedeutung. Argentinien und Brasilien gaben dann vielfach dem Drängen der radikaleren Südamerikaner nach, wenn sie wenigstens erreichen konnten, dass die Resolutionen abgeschwächt und verwässert wurden.

Die amerikanische Delegation operierte meines Erachtens mit sehr grossem Geschick. Sie versuchte, offenbar nach einem in Washington gefassten allgemeinen Beschluss, über den nord-süd-Graben dadurch hinwegzukommen, dass sie die sozialen Gegensätze innerhalb jedes einzelnen Landes betonte. Sie sprach von den Gegensätzen zwischen einzelnen Regionen und Bevölkerungsteilen in den USA und dem Bestreben der amerikanischen Regierung, die wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede auszugleichen und grösseren Bevölkerungsteilen Zugang zu besserer Erziehung zu ermöglichen. Es seien genau die Probleme, mit denen sich die lateinamerikanischen Staaten zu befassen hätten. Eine Vermehrung des Volkseinkommens sei

zweifellos auch von Wichtigkeit; viel wichtiger sei aber eine bessere und gerechtere Verteilung. Mit der Lösung dieser Probleme sollten sich alle Mitglieder der CEPAL gemeinsam beschäftigen.

4. Ergebnis. Angenommen wurden, regelmässig mit Stimmenthaltung der Industrieländer, folgende Resolutionen, deren Text dem "Informe" beigelegt ist:

- Nr. 289 Vorschläge zum zweiten Entwicklungsjahrzehnt der UNO
- Nr. 290 Programm der CEPAL während des zweiten Entwicklungsjahrzehnts
- Nr. 291 Handelspolitik im Zusammenhang mit dem Entwicklungsprogramm Südamerikas
- Nr. 292 Finanzielle Zusammenarbeit mit dem Ausland, wobei ausdrücklich die lateinamerikanischen Staaten ihre Hoffnungen und Ansichten darstellen.

Dazu einige gemeinsame Bemerkungen:

- Die Frage der allgemeinen, nicht reziproken und nicht diskriminatorischen Zollpräferenzen wurde von verschiedenen Delegationen berührt. Einige Industrieländer wiesen auf die grundsätzlichen, zustimmenden Beschlüsse von New Delhi hin. Die Entwicklungsländer dagegen betonten die Dringlichkeit dieses Postulates und die Notwendigkeit, rasch an die praktische Durchführung heranzutreten. Der EWG wurde heftig der Vorwurf gemacht, Lateinamerika zu vernachlässigen. Dr. Raul Prebisch sprach z.B. über seine enttäuschenden Diskussionen mit der EWG-Kommission, von denen er soeben zurückgekehrt sei. Besonders aggressiv war Chile, das sich über die Bevorzugung Afrikas beschwerte.
- Ueber die Rolle und Bedeutung der Privatinvestitionen für die Entwicklung Lateinamerikas wurde mehrfach gesprochen, von einigen kritisch so besonders Chile und Peru, ganz abgesehen natürlich von Kuba. Mit besonderer Aufmerksamkeit hörte man die Vorschläge Dr. Prebischs an, der erklärte, ausländisches Kapital solle sich auf die Schaffung neuer Industrien und neuer Arbeitsmöglichkeiten beschränken, man müsse das ausländische Kapital verhindern, bestehende Industrien zu übernehmen; ferner sollte vorgesehen werden, dass ausländische Investitionen in 7 - 20 Jahren je nach ihrem Charakter in nationale Hände übergehen.
- Die Resolution Nr. 292 enthält in stark verwässerter Form die sogenannte "Doctrina Mercado", die Vorschläge des peruanischen Aussenministers. Sie sind aus der Taktik der Verteidigung gegenüber den USA im Erdölkonflikt entstanden und wurden erstmals an der CECLA-Konferenz in Santiago vorgelegt und dort angenommen.

Die brasilianische und argentinische Delegation erklärte privat, sie sei über den aggressiven und kompromisslosen Ton des ersten peruanischen Entwurfes entsetzt gewesen. Es gelang ihnen, zusammen mit andern Delegationen, die sich für den peruanisch-amerikanischen Konflikt wenig interessieren, den Text stark zu entschärfen. Der argentinische Delegierte sah sich am Schlußtag aber trotzdem veranlasst, sich für den endgültigen Text der Resolution beim amerikanischen Delegierten zu entschuldigen: die Solidarität habe ihn zu Kompromissen gezwungen.

- Von den "invisibles" Kategorien war eigentlich nur von den Transporten, speziell den Seetransporten, die Rede. Es wurde mehrfach darauf hingewiesen, dass die Südamerikaner sich stärker gegen die Transportkonferenzen zur Wehr setzen müssten; Südamerika müsse den Seetransport stärker in eigene Hände nehmen. In allgemeiner Form wurden natürlich auch die Patente, die Uebertragung von "knowhow", die Bedeutung der Zinsen für die Zahlungsbilanz etc. erwähnt. Was aber meines Wissens nie erwähnt wurde, ist das Gebiet der Versicherung und Rückversicherung. Offenbar haben die von Prof. Grossmann kürzlich in einem Aufsatz ausgezeichnet dargestellten, weltweiten Diskussionen der Versicherungsexperten bewirkt, dass dieser Sektor in den allgemeinen Debatten nicht mehr erwähnt wird.
- Unter diese Ziffer gehört auch die Resolution über die nächste CEPAL-Konferenz, die im Frühjahr 1971 in Guatemala stattfinden soll.

### 5. Spezialfragen

- Ostdeutschland. An einigen Stellen der vorgelegten Dokumente wird die Kommission des ECOSOC erwähnt, welche das Programm für das zweite Entwicklungsjahrzehnt vorbereiten soll. Es war natürlich der Kubaner, der sich bemüsstigt fühlte, an das in New York vorgebrachte Begehren zu erinnern, dass auch Ostdeutschland in diese Kommission gehöre, nachdem ihr auch Westdeutschland angehöre. Dies gab dem kubanischen Delegierten Gelegenheit, der westdeutschen Beobachterdelegation an der CEPAL-Konferenz eins auszuwischen.
- Mansholtplan. Der chilenische Delegierte wetterte gegen diesen Plan und verlangte, dass die Landwirtschaftspolitik der EWG und dieser Plan im speziellen von der CEPAL untersucht werde. Diese Politik habe für Südamerika verheerende Auswirkungen. Der französische Delegierte war über diese Ausfälle sehr aufgebracht. Der interne, rangältere deutsche Delegationschef drang jedoch mit seiner Empfehlung durch, lieber zu schweigen und sich nicht in eine Diskussion über diese Politik einzulassen. Die Landwirtschaftspolitik ist erwähnt z.B. in Resolution Nr. 291, Ziffer 1, lit. e).

- 5 -

Als Beilage zu einem separaten Schreiben übermittle ich Ihnen eine Liste der vor und während der Konferenz verteilten Dokumente. Von den darauf aufgeführten Voten könnten diejenigen von Dr. Prebisch und den Delegierten von USA, Chile, Peru und Argentinien von einem gewissen Interesse sein. Darin finden sich in grösserem Detail, was ich obenstehend lediglich angedeutet habe.

Ich versichere Sie, Herr Botschafter, meiner vorzüglichen Hochachtung.

Der Schweizerische Botschafter:



Kopie geht an die Abteilung für Politische Angelegenheiten des EPD, Bern.